



HILFSWERK DER EVANGELISCH-REFORMIERTEN KIRCHE SCHWEIZ

Geschäftsstelle
Zürich/Schaffhausen

Schweizerisches Rotes Kreuz
Kanton Zürich



CARITAS Zürich



Medienmitteilung überparteiliches Komitee
Ja zum Bildungsgesetz am 22. September 2024

19. August 2024

Ja zur Ausbildung von Fachkräften, Ja zu Stipendien ohne Wartefristen

Heute müssen vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer fünf Jahre warten, bis sie ein Stipendium für eine Berufsausbildung im Kanton Zürich beantragen dürfen. Diese künstliche und unnötige Hürde soll jetzt abgeschafft werden. Am 22. September 2024 wird im Kanton Zürich über die Parlamentarische Initiative betreffend Änderung im Bildungsgesetz abgestimmt. Ein rascher Zugang zu Stipendien hilft, dass talentierte Personen zeitnah eine Berufsausbildung absolvieren, sich damit nachhaltig in den Arbeitsmarkt integrieren und ihr eigenes Geld verdienen können. Eine breite Allianz von Parteien, Verbänden und Organisationen unterstützt dieses wichtige Anliegen. Ebenso spricht sich der Regierungsrat sowie eine Mehrheit des Kantonsrates für ein JA aus.

Ja zur Ausbildung von Fachkräften

Stipendien ermöglichen es jungen Menschen, die kein ausreichendes Einkommen haben, rasch in eine Berufsausbildung einzusteigen. Niemand kann ein Interesse daran haben, dass junge Menschen jahrelang warten müssen, bis sie sich eine berufliche Ausbildung leisten können. Es besteht sowohl gesellschaftlich als auch volkswirtschaftlich ein Interesse, dass sich möglichst alle Personen aus dem Asylbereich mit einem vorläufigen Bleiberecht nachhaltig in die Arbeitswelt integrieren.

Ja zu beruflicher Integration

Möglichst alle Menschen, auch alle jungen Geflüchteten, sollen eine berufliche Ausbildung absolvieren können. Für die allermeisten ist dies eine Berufslehre, für einzelne auch eine Ausbildung an einer Hochschule. Als qualifizierte Arbeitskräfte werden sie später einen wertvollen Beitrag in unserer Wirtschaft leisten. Die Firmen brauchen solche Fachpersonen dringend, erst recht in Zeiten des Fachkräftemangels.

Ja zur Entlastung von Staat und Gemeinden

Mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung werden junge Geflüchtete ihr Leben selbst finanzieren und Steuern bezahlen können. Jeder Franken, der in die Bildung von Geflüchteten investiert wird, lohnt sich. Der Staat spart langfristig, wenn Steuererträge steigen und Kosten der Sozialhilfe wegfallen. Die Gemeinden werden mit Stipendien bei der Sozialhilfe entlastet.

Weitere Informationen: <https://bildungsgesetz-ja.ch>

Kontakt:

Jasmin Pokerschnig, Kantonsrätin, Vertreterin der Parteien, 079 711 04 64

Malek Ossi, Co-Geschäftsleiter solinetz, Vertreter der Verbände, 078 962 10 87